

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHENBERICHT

36. Jahrgang

Berlin, den 16. Januar 1969

Nummer 3

Ziebarth

Produktionsvolumen und Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland von 1958 bis 1968

Unter diesem Titel veröffentlicht das DIW alljährlich ein Kompendium statistischer Kennziffern, das in 112 einheitlich nach über 40 Industriezweigen gegliederten Tabellen Entwicklung und Struktur der Komponenten des industriellen Produktionsprozesses in der Bundesrepublik über einen zehnjährigen Zeitraum mit vergleichbaren statistischen Grunddaten belegt. Die jüngste Veröffentlichung¹ enthält gegenüber früheren verschiedene Änderungen, von denen als wichtigste die folgenden genannt seien:

- Berechnung sämtlicher Volumina auf Preisbasis 1962, nachdem das Statistische Bundesamt im Rahmen der Umstellung seiner Zeitreihen auf dieses Basisjahr nun auch das industrielle Nettoproduktionsvolumen zu Preisen von 1962 veröffentlicht;
- Vollständige Neuberechnung des Brutto-Anlagevermögens auf der neuen Preisbasis für jeden Industriezweig²;
- Umstellung der Auslastungsrechnung des DIW aufgrund der neuen Daten für das Anlagevermögen.

Da die methodischen Änderungen eine direkte Vergleichbarkeit mit früheren Berechnungen weitgehend ausschließen, wurde diesmal von einer zusammenfassenden Darstellung der Ergebnisse in den Vierteljahrsheften abgesehen. Statt dessen soll im folgenden ein kurzer Überblick über die Entwicklung der wichtigsten Daten für die gesamte Industrie gegeben werden.

Investitionen, Anlagevermögen und Produktionsvolumen

Im Jahre 1967 waren die realen Brutto-Anlageinvestitionen der westdeutschen Industrie mit 18,9 Mrd. DM (zu Preisen von 1962) auf das niedrigste Volumen seit 1960 zurückgefallen. Im Zuge der Überwindung dieses schwersten konjunkturellen Einbruchs der Nachkriegszeit hat zwar die private Investitionsneigung wieder Auftrieb erhalten; jedoch kann nach vorläufiger Schätzung auch für 1968 nur mit einem industriellen Investitionsvolumen gerechnet werden, das bei einer Größenordnung von 20,5 Mrd. DM kaum wesentlich über dem des Jahres 1964 liegen und noch immer hinter dem schon 1961 erreichten Niveau zurückbleiben wird. Seit 1960 ist eine jahresdurchschnittliche reale Wachstumsrate von nicht einmal 0,5 vH erzielt worden.

Als Konsequenz eines derart bescheidenen Investitionswachstums ist der Ausbau des in der westdeutschen Industrie installierten Anlagevermögens, der sich seit 1961 bereits ständig verlangsamt hat, besonders in den letzten beiden Jahren stark beeinträchtigt worden. Die jährliche Zuwachsrate des realen Brutto-Anlagevermögens wird 1968 mit 4,4 vH nur noch halb so groß sein wie im Jahre 1961.

¹ Vgl. Rolf Krengel und Mitarbeiter: „Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland“, Statistische Kennziffern, 8. Folge, 1958-1967; DIW Berlin, Nov. 1968.

² Eine ausführliche Veröffentlichung über die Neuberechnung des industriellen Anlagevermögens ist in Vorbereitung.

**Produktionsvolumen und Produktionsfaktoren der Industrie
in der Bundesrepublik von 1958 bis 1968**

	Einheit	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968 ⁴⁾
Volumen zu Preisen von 1962												
Brutto-Anlage-Investitionsvolumen	Mrd. DM	15,1	16,2	19,7	21,4	21,2	19,5	20,4	22,5	21,9	18,9	20,5
Brutto-Anlagevermögen	"	165	177	191	208	225	240	256	272	288	302	315
Effektives Nettoproduktionsvolumen	"	125	135	151	160	166	171	187	197	200	194	217
Kapitalproduktivität ¹⁾	DM	758	760	790	770	739	711	730	726	693	643	688
Index der Kapazitätsauslastung	max. = 100	92,2	93,6	98,3	96,7	93,6	90,9	94,4	94,8	91,2	85,2	92,2
Beschäftigte	Mill. Pers.	7,73	7,76	8,08	8,32	8,34	8,26	8,30	8,46	8,38	7,84	7,90
Kapitalintensität ²⁾	1000 DM	21,3	22,8	23,7	25,0	27,0	29,1	30,8	32,1	34,4	38,5	39,9
Beschäftigtenproduktivität ³⁾	"	16,2	17,3	18,7	19,2	19,9	20,7	22,5	23,3	23,8	24,7	27,5
Potentiell. Nettoproduktionsvolumen	Mrd. DM	136	144	154	166	177	188	198	208	219	228	235
Entwicklung												
Brutto-Anlage-Investitionsvolumen	1962 = 100	71	76	93	101	100	92	96	106	103	89	97
Brutto-Anlagevermögen	"	73	79	85	92	100	107	114	121	128	134	140
Effektives Nettoproduktionsvolumen	"	75	81	91	96	100	103	112	119	120	117	131
Kapitalproduktivität ¹⁾	"	103	103	107	104	100	96	99	98	94	87	93
Beschäftigte	"	93	93	97	100	100	99	100	101	101	94	95
Kapitalintensität ²⁾	"	79	85	88	93	100	108	114	119	128	143	148
Beschäftigtenproduktivität ³⁾	"	81	87	94	97	100	104	113	117	120	124	138
Potentiell. Nettoproduktionsvolumen	"	76	81	87	93	100	106	111	117	123	128	133
Jährliche Veränderungsdaten												
Brutto-Anlage-Investitionsvolumen	vH	.	+ 7,1	+ 21,4	+ 8,6	- 0,7	- 8,0	+ 4,6	+ 10,0	- 2,7	- 13,5	+ 8,0
Brutto-Anlagevermögen	"	.	+ 7,3	+ 8,0	+ 8,6	+ 8,2	+ 7,0	+ 6,3	+ 6,4	+ 6,0	+ 4,8	+ 4,4
Effektives Nettoproduktionsvolumen	"	.	+ 7,6	+ 12,3	+ 5,9	+ 3,8	+ 2,9	+ 9,2	+ 5,8	+ 1,1	- 2,8	+ 11,8
Kapitalproduktivität ¹⁾	"	.	+ 0,3	+ 4,0	- 2,5	- 4,1	- 3,8	+ 2,7	- 0,6	- 4,6	- 7,3	+ 7,0
Index der Kapazitätsauslastung	"	.	+ 1,5	+ 5,0	- 1,7	- 3,2	- 2,8	+ 3,8	+ 0,4	- 3,8	- 6,6	+ 8,2
Beschäftigte	"	.	+ 0,4	+ 4,1	+ 2,9	+ 0,3	- 0,9	+ 0,4	+ 1,9	- 0,9	- 6,5	+ 0,7
Kapitalintensität ²⁾	"	.	+ 6,9	+ 3,8	+ 5,6	+ 7,9	+ 8,0	+ 5,8	+ 4,4	+ 7,0	+ 12,1	+ 3,6
Beschäftigtenproduktivität ³⁾	"	.	+ 7,2	+ 7,9	+ 2,9	+ 3,5	+ 3,9	+ 8,7	+ 3,8	+ 2,0	+ 3,9	+ 11,0
Potentiell. Nettoproduktionsvolumen	"	.	+ 6,0	+ 6,9	+ 7,7	+ 7,2	+ 5,9	+ 5,2	+ 5,3	+ 5,1	+ 4,1	+ 3,3

¹⁾ Nettoproduktionsvolumen je 1000 DM Brutto-Anlagevermögen. — ²⁾ Brutto-Anlagevermögen je Beschäftigten. — ³⁾ Nettoproduktionsvolumen je Beschäftigten. — ⁴⁾ Vorläufig.

Die Nachfrage- und Produktionsentwicklung ist sogar — zumindest bis 1967 — noch erheblich hinter diesem so stark geschwächten Ausbau des Anlagenpotentials zurückgeblieben. Im Jahre 1968 verfügte die westdeutsche Industrie über ein reales Brutto-Anlagevermögen, das mit einem Volumen von 315 Mrd. DM (zu Preisen von 1962) um 90 vH größer war als zehn Jahre zuvor. In der gleichen Zeit hat das mit diesem Potential erzeugte Produktionsvolumen um nur 70 vH zugenommen, obwohl gerade das letzte Jahr der westdeutschen Industrie wieder durchweg kräftige Produktionssteigerungen gebracht hat. 1968 dürfte das effektive Nettoproduktionsvolumen der gesamten Industrie mit etwa 217 Mrd. DM (Preisbasis 1962) den Vorjahrsstand um beinahe 12 vH übertroffen haben.

Bei allen Entwicklungsunterschieden in den einzelnen Branchen hat damit die Industrie insgesamt 1968 zumindest im Produktionsniveau wider Erwarten schnell den Anschluß an ihre Leistung vor der Rezession gefunden. Eine konzentrisch auf Wachstumssteigerung ausgerichtete Wirtschaftspolitik hat die konjunkturelle Erholung von einer sehr scharfen Rezession ermöglicht. In Frage allerdings steht noch immer, ob auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen in naher Zukunft wie-

der zu dem vor der Rezession erreichten Niveau aufschließen wird. Erst dann wäre wieder mit einem Ausbau des Erzeugungspotentials wie zu Beginn der sechziger Jahre zu rechnen.

**Kapitalproduktivität, Kapazitätsausnutzung
und Produktionspotential**

Die Kapitalproduktivität — das je Einheit Anlagevermögen erzeugte Produktionsvolumen — ist in fast sämtlichen Industriezweigen nach dreijährigem Schrumpfen im letzten Jahr sprunghaft gestiegen. Dieser Quotient zeigt langfristig ausgesprochen zyklische Schwankungen, die sich im Durchschnitt der gesamten Industrie seit Mitte der 50er Jahre um einen leicht fallenden Trend bewegen. Unterschiedliche Intensitäten des Einflusses von Auslastung, Substitution und technologischem Wandel im Wachstumsprozeß sowie strukturelle Verschiebungen zwischen den Branchen sind die Faktoren, die diese Bewegung verursachen³⁾.

³⁾ Vgl. hierzu die soeben erschienene Untersuchung von R. Krenzel: „Die Kapitalproduktivität von 21 Industriezweigen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1975“ in: Kollektion Studien, Reihe Wirtschaft und Finanzen, Nr. 6; herausgegeben von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1968.

Die rechnerische Trennung der Auslastungsschwankungen vom Trend macht deutlich, daß seit Mitte der 50er Jahre im Durchschnitt der Industrie die Substitutionskomponente gegenüber dem technischen Fortschritt im Wachstumsprozeß überwiegt. Die auslastungsbereinigte durchschnittliche Kapitalproduktivität hat demzufolge seither jährlich zwischen 0,7 und 1,2 vH abgenommen. In dieser Größenordnung mußte im Industriedurchschnitt bislang von Jahr zu Jahr mehr reales Anlagevermögen je Produktionseinheit eingesetzt werden.

Weit gravierender ist jedoch in den vergangenen Jahren der Einfluß abnehmender Nutzung der vorhandenen Kapazitäten auf die Kostenstruktur der Industrie gewesen. Mit Ausnahme der Jahre 1964 und 1965 hat sich die Auslastung des Anlagevermögens ständig vermindert. Mit 85,2 vH der zuvor effektiv erreichten Höchstauslastung war der durchschnittliche Auslastungsgrad der Industrie im Rezessionsjahr 1967 auf den niedrigsten Stand seit 1950 gesunken. Infolge der bedeutenden Produktionsbeschleunigung hat die westdeutsche Industrie jedoch allein im letzten Jahr die Nutzung ihres Anlagenpotentials um nicht weniger als 8 vH verbessert. Der 1968 erreichte Auslastungsgrad von 92,2 vH zeigt, daß der für 1969 zur Verfügung stehende Wachstumsspielraum durch den jahrelang stark reduzierten Anlagenausbau nunmehr wieder stärker eingengt wird.

Dabei vollzog sich die konjunkturelle Beschleunigung bei zunächst nur zögernder — dann in der zweiten Jahreshälfte allerdings verstärkt einsetzender — Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte. Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten dürfte vom Tiefpunkt im Januar bis zum Jahresende 1968 um rund 350 000 — davon allein im zweiten Halbjahr um 250 000 — Personen zugenommen haben. Sie wird damit aber immer noch um reichlich 380 000 Personen niedriger sein als 1965. Im Jahresdurchschnitt wurden von der gesamten Industrie 1968 nicht einmal 60 000 Arbeitskräfte mehr beschäftigt als 1967; das Produktionswachstum des letzten Jahres ist von der Industrie ganz überwiegend durch steigende Beschäftigtenproduktivität geleistet worden. Der Zuwachs des realen Produktionsvolumens je Beschäftigten war im Jahre 1968 mit 11 vH höher als jemals zuvor in der Nachkriegszeit.

Gleichzeitig ist die Kapitalintensität im Durchschnitt der Industrie infolge des verhalten wachsenden Anlagevermögens 1968 nur noch um 3,6 vH gestiegen. Im Gegensatz zu früheren Jahren hat in fast allen Industriezweigen die Erhöhung der Beschäftigtenproduktivität 1968 die Zunahme der Kapitalausstattung je Arbeitsplatz wesentlich übertraffen. War in den letzten Jahren das Zurückbleiben der Beschäftigtenproduktivität hinter der Kapitalintensität ein Indiz für wachsende Potentialreserven, so hat der konjunkturelle Aufschwung des letzten Jahres dazu geführt, daß solche Poten-

tialreserven 1968 in der Industrie erstmals seit Jahren wieder in erheblichem Umfang durch den Nachfragezuwachs beansprucht, wenn auch — wie die Daten der Kapazitätsauslastung zeigen — durchaus noch nicht ausgeschöpft worden sind.

Die Kombination der amtlichen Produktionsstatistik mit der Kapazitätsrechnung des DIW erlaubt es, die Größenordnung dieser noch im ungenutzten Potential liegenden Produktionsreserven zu schätzen. Im Jahre 1967 hätte die westdeutsche Industrie bei Vollausslastung der gesamten Anlagenkapazität insgesamt ein „potentielles Nettoproduktionsvolumen“ (zu Preisen von 1962) in der Größenordnung von 228 Mrd. DM erzielen können, also 34 Mrd. DM oder 18 vH mehr, als tatsächlich erzeugt worden sind. Allein von 1965 bis 1967 ist ein nicht genutztes Produktionspotential im Volumen von 22,8 Mrd. DM entstanden. Etwa 15 Mrd. DM, also rund zwei Drittel, sind hiervon im Jahre 1968 wieder in den Erzeugungsprozeß einbezogen worden.

Nachdem sich der Ausbau des Anlagenpotentials in der Industrie erheblich langsamer als in früheren Jahren vollzieht, würde eine gegenüber 1968 um 18 bis 20 vH erhöhte Investition, wie sie für das kommende Jahr erhofft wird, im Jahresdurchschnitt 1969 eine Ausweitung des potentiellen Produktionsvolumens in der gesamten Industrie von real etwa 10 bis 11 Mrd. DM ermöglichen. Da eine Vollausschöpfung des Gesamtpotentials die Identität von Kapazitäts- und Nachfragestruktur voraussetzt — eine Konstellation, die in Wirklichkeit nicht unterstellt werden kann —, wird angenommen, daß die Nutzung der restlichen noch verfügbaren Potentialreserven eine zusätzliche Produktion von 6 bis 7 Mrd. DM erlaubt. Damit wäre im kommenden Jahr eine globale Wachstumsrate des effektiven Nettoproduktionsvolumens von etwa 8 vH im Durchschnitt der gesamten Industrie möglich, ohne daß vom Potential her Störungen im Wechselspiel zwischen Nachfrage und Angebotspielraum befürchtet werden müßten. Die Kapazitätsausnutzung würde sich in diesem Falle mit etwa 95 vH auf dem durchschnittlichen Auslastungsgrad des Jahres 1965 bewegen. Das effektive Nettoproduktionsvolumen wäre dem potentiellen bis auf 12 Mrd. DM nahegekommen. Eine weitergehende Ausschöpfung des Potentials könnte allerdings schnell zu Anpassungsfriktionen innerhalb des Industriegefüges führen.

Vom Arbeitsmarkt her stehen einem Wachstum der realen Industrieproduktion von 8 vH im kommenden Jahr keinerlei Schwierigkeiten entgegen. Bei Annahme einer durchschnittlichen Zunahme der Beschäftigtenproduktivität um 5 bis 5,5 vH müßte die Industrie im Jahresmittel etwa 3 vH Beschäftigte zusätzlich aufnehmen. Das wären jedoch nur 50 000 Personen mehr, als sie bereits zum Jahresende 1968 beschäftigt hat, und immer noch reichlich 300 000 Arbeitskräfte weniger als im Durchschnitt des Jahres 1965.

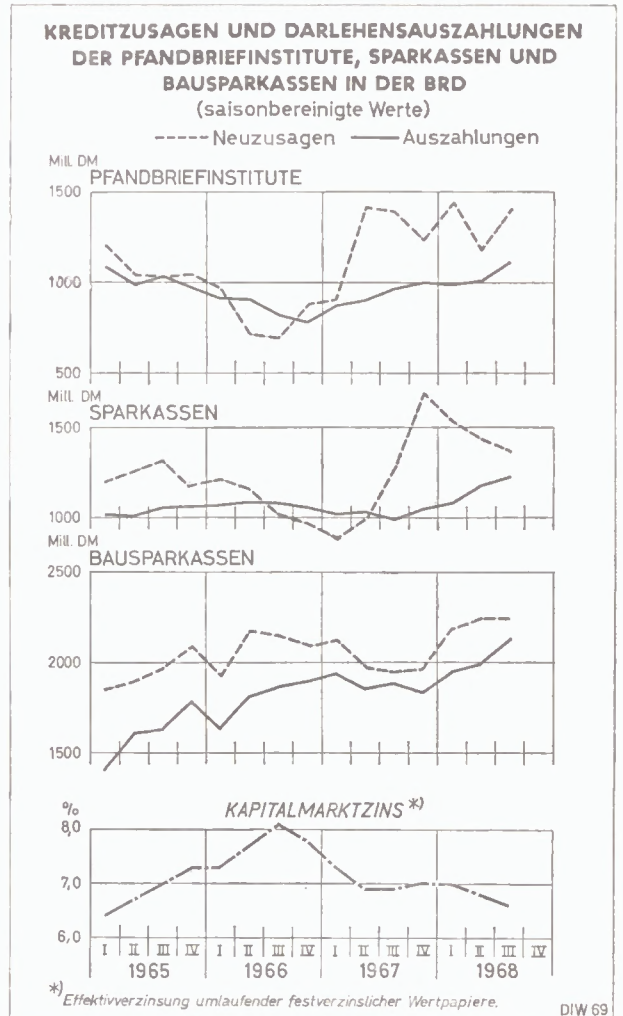
Die Finanzierung der Wohnungsbauminvestitionen in der Bundesrepublik 1968 und 1969

Die Investitionstätigkeit im Wohnungsbau ist 1968 stärker gewesen als im Jahr zuvor: Die Investitionen haben einen Betrag von etwa 25,7 Mrd. DM erreicht und liegen damit um 6,6 vH über dem von 1967. Im Jahre 1969 ist mit einer weiteren, wenn auch abgeschwächten Zunahme zu rechnen; voraussichtlich werden die Wohnungsbauminvestitionen um etwa 3 vH auf 26,4 Mrd. DM wachsen. In Anbetracht der auslaufenden Förderungsmaßnahmen im Rahmen des zweiten Konjunkturprogramms dürfte diese Zunahme vor allem auf das derzeit niedrige Zinsniveau zurückzuführen sein.

Der im Jahre 1967 erstmals nach dem Kriege verzeichnete Rückgang der Investitionstätigkeit im Wohnungsbau war überwiegend eine Folge der restriktiven Politik der Bundesbank, die einen Anstieg des Kapitalmarktzinses¹ von 6,0 % am Anfang des Jahres 1964 auf 8,1 % im Herbst 1966 bewirkt hatte. Der Zins ist für den Wohnungsbau ein Kostenfaktor von außerordentlichem Gewicht: Eine Erhöhung des Effektivzinses für Hypotheken um einen Punkt — also beispielsweise von 7 % auf 8 % — wirkt sich auf die Kostenmiete wie eine Baupreissteigerung um mehr als 8 vH² aus. Die Investoren reagieren daher mit ihrer Nachfrage nach Bauleistungen und damit auch nach Finanzierungsmitteln auf Veränderungen des Kapitalmarktzinses sehr elastisch.

Von Herbst 1966 an ist der Kapitalzins bis Ende 1967 auf 7 %, bis zum Ende des vergangenen Jahres auf 6,5 % gesunken. Auf die Zinsentwicklung reagierten die Investoren mit einer seit 1967 zunehmenden Hypothekennachfrage. Wegen weitgehend technisch bedingter Verzögerungen stiegen die Auszahlungen der Institute aber erst im vergangenen Jahr beträchtlich, und zwar um mehr als 11 vH gegenüber 1967.

Die Situation auf dem Kapitalmarkt wird sich in diesem Jahr voraussichtlich nicht entscheidend ändern. Selbst wenn die allgemeine konjunkturelle Entwicklung Anlaß zu restriktiven Maßnahmen gäbe, ließe die außenwirtschaftliche Situation den Einsatz restriktiv wirkender kreditpolitischer Maßnahmen nicht zu. Die Bundesbank hat überdies erklärt, daß die Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung ihr die Möglichkeit geben, die bisherige, auf Zinssenkung gerichtete Politik fortzusetzen. Wegen der hohen Kreditzusagen im Jahre 1968 und einer voraussichtlich auch Anfang 1969 anhaltend hohen Kreditnachfrage ist in diesem Jahr mit einer weiteren Zunahme der Wohnungsbauminvestitionen und mit einer Steigerung der Finanzierungsleistungen aller Kapitalsammelstellen³ zu rechnen. Allerdings werden sich die Darlehensauszahlungen der verschiedenen Institutsgruppen unterschiedlich entwickeln.



Die Geschäftstätigkeit der Pfandbriefinstitute wurde 1966/67 von der restriktiven Kreditpolitik am härtesten getroffen; sie ist jedoch durch den Zinsrückgang seit Herbst 1967 auch am stärksten gefördert worden: Im Gegensatz zu anderen Kapitalsammelstellen sind diese Institute bei einem Zinsfall oder einer Zinserhöhung gezwungen, sofort und im gleichen Ausmaß ihre Darlehenskonditionen zu ändern. Da der Diskontsatz sowohl 1966 als auch 1967 der Entwicklung des Kapitalmarktzinses nur mit einer Verzögerung angeglichen wurde, veränderte sich beispielsweise auch der Zins für Spareinlagen gegenüber dem Kapitalmarktzins mit dem gleichen time lag. Infolgedessen

¹ Effektivverzinsung umlaufender festverzinslicher Wertpapiere.

² Vgl. B. Nullau: „Die Wirkungsverzögerungen bei der Finanzierung von Investitionen im Wohnungsbau“. Sonderhefte des DIW, Nr. 79, 1968, S. 21 ff.

³ Pfandbriefinstitute (private Hypothekenbanken u. öffentlich-rechtliche Pfandbriefanstalten), Sparkassen, private u. öffentliche Bausparkassen, private Versicherungen.

Finanzierung der Wohnungsbauminvestitionen
Effektiver Aufwand

	1964	1965	1966	1967 ¹⁾	1968 ²⁾	1969 ³⁾
in Mrd. DM						
Pfandbriefinstitute ¹⁾	4,29	4,06	3,42	3,74	4,40	4,70
Sparkassen	3,82	4,15	4,27	4,20	4,90	5,30
Bausparkassen ²⁾	3,10	4,00	4,85	3,90	4,20	4,40
Private Versicherungen ³⁾	1,47	1,78	2,37	2,28	2,20	2,10
I Kapitalsammelstellen	12,68	13,99	14,91	14,12	15,70	16,50
II Öffentliche Hand ⁴⁾	4,92	5,02	4,55	4,14	4,30	4,10
III Sonstige Mittel ⁵⁾	6,77	6,47	7,24	5,84	5,70	5,80
Bauspareinlagen ⁶⁾	2,52	2,82	3,21	3,90	4,30	4,70
IV Finanzierungsaufwand	24,37	25,48	26,70	24,10	25,70	26,40
Anteile in vH						
Pfandbriefinstitute ¹⁾	17,6	15,9	12,8	15,5	17,1	17,8
Sparkassen	15,7	16,3	16,0	17,4	19,1	20,1
Bausparkassen ²⁾	12,7	15,7	18,1	16,2	16,3	16,7
Private Versicherungen ³⁾	6,0	7,0	8,9	9,5	8,6	7,9
I Kapitalsammelstellen	52,0	54,9	55,8	58,6	61,1	62,5
II Öffentliche Hand ⁴⁾	20,2	19,7	17,1	17,2	16,7	15,5
III Sonstige Mittel ⁵⁾	27,8	25,4	27,1	24,2	22,2	22,0
Bauspareinlagen ⁶⁾	10,3	11,1	12,0	16,6	16,7	17,8
IV Finanzierungsaufwand	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH						
Pfandbriefinstitute ¹⁾	+12,3	- 5,4	-15,8	+ 9,4	+17,6	+ 6,8
Sparkassen	+14,4	+ 8,6	+ 2,9	- 1,6	+16,7	+ 8,2
Bausparkassen ²⁾	+13,6	+29,0	+21,3	-19,6	+ 7,7	+ 4,8
Private Versicherungen ³⁾	+14,8	+21,1	+33,1	- 3,8	- 3,5	- 4,5
I Kapitalsammelstellen	+13,5	+10,3	+ 6,6	- 5,3	+11,2	+ 5,1
II Öffentliche Hand ⁴⁾	+ 5,4	+ 2,0	- 9,4	- 9,0	+ 3,9	- 4,7
III Sonstige Mittel ⁵⁾	+26,3	- 4,4	+11,9	-19,3	- 2,4	+ 1,8
Bauspareinlagen ⁶⁾	+20,0	+11,9	+13,8	+24,3	+ 7,8	+ 9,3
IV Finanzierungsaufwand	+15,0	+ 4,6	+ 4,8	- 9,7	+ 6,6	+ 2,7

¹⁾ Öffentlich-rechtliche Pfandbriefinstitute, private Hypothekenbanken; einschl. durch Kommunalobligationen finanzierte Ib-Hypotheken. —
²⁾ Bauspardarlehen und andere Kredite; Abschlag für nicht den Wohnungsbauminvestitionen zugeführte Mittel bis einschl. 1965 10 vH; ab 1966 20 vH. —
³⁾ Lebensversicherungen, Pensionskassen, Schadens-, Unfall-, Haftpflicht- und Rückversicherungen. —
⁴⁾ Gebietskörperschaften, LAG, öffentliche Unternehmen. —
⁵⁾ Eigenmittel, Mieterdarlehen, Forderungen der Bauunternehmer, Selbst- und Gemeinschaftshilfe, Bauspareinlagen. —
⁶⁾ Ausgezählte Bauspareinlagen; einschl. Zinsgutschriften, erhaltene Bausparprämien; Abschlag für nicht den Investitionen zugeführte Mittel 40 vH. —
⁷⁾ Zum Teil vorläufig. —
⁸⁾ Eigene Schätzungen.

konnten die Sparkassen die Konditionen der Pfandbriefinstitute 1965/66 unterbieten, die Neuzusagen von Hypotheken gingen also bei den Pfandbriefinstituten früher und stärker zurück als bei den Sparkassen. Demgegenüber waren die Pfandbriefinstitute Ende 1966 und Anfang 1967 in einer günstigeren Konkurrenzsituation; die Hypothekenzusagen stiegen — saisonbereinigt⁴ — schneller als die der Sparkassen.

Im Sommerhalbjahr 1967 verdoppelten sich die Hypothekenzusagen der Pfandbriefinstitute gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, und die Darlehensauszahlungen stiegen mit einer Verzögerung von nur einem Quartal. Diese ungewöhnlich hohe Zunahme und der gleichfalls ungewöhnlich kurze zeitliche Abstand zwischen dem Ansteigen der Zusagen und der Zunahme der Auszahlungen resultiert aus Umschuldungen: Ein Teil der ausgezahlten Hypotheken wurde sowohl für die Rückzahlung kurzfristig aufgenommenen Kredite als auch für die Substitution von Eigenkapital verwendet, das in den Jahren 1965/66 wegen des hohen Hypothekenzinses vorübergehend zur Wohnungsbaufinanzierung eingesetzt worden war. Aus diesen Gründen haben die Pfandbriefinstitute im

Gegensatz zu den anderen Kapitalsammelstellen bereits 1967 mehr Hypotheken ausgezahlt als 1966. Da sich die Kreditzusagen der Pfandbriefinstitute 1967/68 ebenfalls günstig entwickelten, konnten die Institute im Jahre 1968 ihre Leistungen gleichfalls stärker erhöhen als die anderen Kapitalsammelstellen.

In diesem Jahr werden die Pfandbriefinstitute Hypothekarkredite im Werte von etwa 4,7 Mrd. DM auszahlen; sie würden damit ihren Anteil an der gesamten Wohnungsbaufinanzierung wiederum erhöhen und mit knapp 18 vH nahezu den Stand des Jahres 1963 erreichen.

Beim Passivgeschäft werden aufgrund der zu erwartenden Entwicklung auf dem Kapitalmarkt keine Schwierigkeiten eintreten. Befürchtungen, daß durch eine Zunahme der Kreditnachfrage und einen damit verbundenen steigenden Absatz von Pfandbriefen der Kapitalmarktzins langfristig angehoben werden könnte, sind unbegründet. Da die Nachfrage nach Hypotheken stark zinsreagibel ist, geht sie bei steigendem Zins zurück; somit läßt auch der Bedarf an Finanzierungsmitteln und damit die Emission von Pfandbriefen nach.

Bei den Sparkassen wirkte sich die Zinssenkung auf Kreditzusagen und Darlehensauszahlungen später aus als bei den Pfandbriefinstituten: Mit einem zeitlichen Abstand von einem dreiviertel Jahr stiegen die Zusagen von Wohnungsbaukrediten, und die Darlehensauszahlungen reagierten hierauf mit einer weiteren Verzögerung von einem halben Jahr. Die Leistungen der Institute gingen somit 1967 gegenüber 1966 noch leicht zurück und nahmen erst im vergangenen Jahr wieder um 0,7 Mrd. DM zu. Die 1968 weiterhin hohen Kreditzusagen lassen erwarten, daß die Sparkassen in diesem Jahr ihre Darlehensauszahlungen weiter steigern werden. Es ist damit zu rechnen, daß die Institute 1969 für mehr als 5,0 Mrd. DM Hypotheken zur Finanzierung der Wohnungsbauminvestitionen auszahlen werden.

Wie bei den Pfandbriefinstituten werden auch bei den Sparkassen bei entsprechender Politik der Bundesbank keine Schwierigkeiten in der Finanzierung des Aktivgeschäftes auftreten. Auch die Satzungen engen den Finanzierungsspielraum nicht ein: In ihnen ist festgelegt, daß die Institute bis zu 50 vH ihres Spareinlagenbestandes (abzüglich der Deckungsforderungen) zur Finanzierung des Wohnungsbaus heranziehen dürfen; dieses Kontingent war Ende vergangenen Jahres erst zu 70 vH genutzt.

Die Bausparkassen konnten ihre Auszahlungen von Darlehn zur Finanzierung von Wohnungsneubauten im Jahr 1968 gegenüber 1967 ebenfalls steigern. Diese Entwicklung wird sich voraussicht-

⁴ Zur Saisonbereinigungsmethode vgl. B. Nullau: „Verfahren zur Zeitreihenanalyse“, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/1968, S. 58 ff.

lich auch in diesem Jahr fortsetzen. Allerdings wachsen die Auszahlungen weniger stark als die der Pfandbriefinstitute und Sparkassen.

Seit 1967 läßt sich eine Veränderung der Struktur bei den Auszahlungen feststellen, die anhalten wird. Im Jahre 1966 wurde allgemein mit einer Verschlechterung der Bausparpräferenzen gerechnet: Um dem Abbau der bestehenden Vergünstigungen zuvorzukommen, wurden bis Ende 1966 verstärkt Bausparverträge abgeschlossen. Das bewirkte einen hohen Zufluß von Bauspareinlagen und ermöglichte es den Bausparkassen, in großem Umfange Zwischenkredite zu gewähren. Seit dem Sommerhalbjahr 1967 sind diese Kredite durch die Zuteilung von Bausparverträgen — Auszahlung von Bauspareinlagen und Baudarlehn — abgelöst worden. Diese Umfinanzierung setzte sich noch im vergangenen Jahr fort. Die aus der Zuteilung von Bausparverträgen resultierenden Zahlungen und damit auch die angesparten Mittel (Bauspareinlagen, Zinsen für Einlagen, Wohnungsbauprämien) hatten eine höhere Zuwachsrate als die Auszahlung von Fremdmitteln.

Die *privaten Versicherungen* werden in diesem Jahr weniger Mittel zur Finanzierung von Wohnungsbauinvestitionen zur Verfügung stellen als 1968; bereits im vergangenen Jahr wurden von den Instituten weniger Hypothekarkredite ausbezahlt als 1967. Die Vergabe von Hypothekenkrediten ist bei den Versicherungen nur eine der möglichen Anlagearten. Neben der Vergabe von Direktdarlehn spielt auch der Erwerb von Grundstücken, Gebäuden und Wertpapieren eine wichtige Rolle bei der Anlage der zufließenden Gelder. Der Anteil dieser Vermögensarten am gesamten Vermögenszugang war in den letzten Jahren verhält-

nismäßig konstant. Demgegenüber haben sich die Anteile der gewährten Schuldscheindarlehn und der ausgezahlten Hypotheken verändert. Bei sinkendem (steigendem) Zins erhöht (verringert) sich die Nachfrage nach Schuldscheindarlehn. Da aber die Versicherungen — im Gegensatz zu den Pfandbriefinstituten — den Umfang der ihnen zufließenden Mittel nur begrenzt beeinflussen können und die Institute — im Gegensatz zu den Sparkassen — gezwungen sind, alle Mittel langfristig anzulegen, treten die Versicherungen bei einem Rückgang der Nachfrage nach Schuldscheindarlehn als Anbieter auf dem Hypothekenmarkt auf. Wegen der niedrigen „Refinanzierungskosten“ — der Versicherungsnehmer erhält eine Verzinsung der angesparten Beträge in Höhe von 3 % — können die Versicherungen ihren Darlehnsnehmern günstigere Konditionen bieten als andere Kapitalsammelstellen. Diese Anlagepolitik erklärt die starke Zunahme 1966 und den Rückgang 1967 und 1968 bei den Hypothekenauszahlungen. Im kommenden Jahr muß mit einem steigenden Bedarf der Unternehmen an Fremdmitteln gerechnet werden; die Kredite der Versicherungen für Wohnungsbauinvestitionen werden mithin abermals zurückgehen.

Da sich in diesem Jahr die Situation auf dem deutschen Kapitalmarkt voraussichtlich nicht entscheidend ändert, werden die Finanzierungsleistungen aller Kapitalsammelstellen im Bereich der Wohnungsbauinvestitionen höher sein als 1968. Die Auszahlungen der Finanzierungsinstitute dürften um mehr als 5 vH und die Wohnungsbauinvestitionen um knapp 3 vH gegenüber 1968 zunehmen; der Anteil aller Kapitalsammelstellen am gesamten Finanzierungsaufwand wird sich dabei auf mehr als 62 vH erhöhen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 und 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel.: (0311) 76 10 33 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Prof. Dr. Rolf Kregel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Peter Mitzscherling, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Für die wissenschaftliche Leitung des Instituts und für den Inhalt der Wochenberichte verantwortlich ist das Kollegium der Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter.

Produktionsvolumen und Produktionsfaktoren der Industrie bearbeitet von Egon Baumgart. — Die Finanzierung der Wohnungsbauinvestitionen bearbeitet von Bruno Nullau.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—, Einzelnummer DM 1,—